

**Ö1 Im Gespräch
Peter Huemer im Gespräch mit H. Androsch
Ö1, 17.02.2000 (Quelle: ORF)**

(Transkript)

Einen schönen guten Abend, meine Damen und Herren. Im Gegensatz zur Ersten Republik pflegen die Biografien von Österreichern der Zweiten Republik weder besonders aufregend noch besonders abwechslungsreich zu sein. Die Gründe dafür liegen auf der Hand.

Eine gewisse Ausnahme von dieser Regel bildet die Biografie des früheren Steuerberaters, sozialdemokratischen Abgeordneten, Finanzministers und Vizekanzlers, dann Generaldirektors der Creditanstalt und jetzigen Unternehmers Dr. Hannes Androsch. Strahlende Erfolge, tiefer Sturz, gerichtliche Verurteilungen, danach eine neue Karriere. Hannes Androsch hat in seinen 62 Lebensjahren entschieden mehr erlebt als die allermeisten von uns.

Herr Dr. Androsch, beim Theodor-Herzl-Symposium in Wien in vier Wochen werden Sie das Grundsatzreferat halten mit dem Titel „Der Stand der Dinge“ – falls dieses Symposium stattfindet. Die gegenwärtige österreichische Situation ermöglicht auch nicht vorherzusagen, was in vier Wochen der Stand der Dinge sein wird. Wie würden Sie denn den heutigen österreichischen Stand der Dinge beschreiben?

Unbefriedigend, weil der österreichische Grundkonsens, der uns seit 1945 zu diesem Ausmaß an Wohlstand, an Sozialstaatlichkeit, an Lebensqualität, an ökologischer Befindlichkeit gebracht hat, gefährdet wurde, in äußere Isolation geführt hat und in innere Zerrissenheit. Äußere Isolation, weil wir auch den Wertekanon der Europäischen Union zumindest durch einen Regierungspartner verbal und exzessiv immer wieder in Frage gestellt haben und in Frage stellen, auch durch Drohung mit dem Veto. Sodass wir uns Schaden zugefügt haben in einem noch nicht bekannten Ausmaß, ohne dass deswegen damit eine große Erneuerung, Modernisierung, ein Aufbruch verbunden wäre. Auch wenn man akzeptiert, dass in einer Demokratie Wechsel in der Regierungszusammensetzung möglich sein muss, und auch wenn es sicherlich bei vielen Menschen zunehmend durch Erstarrungen und geriatrische Erscheinungen Unzufriedenheit gegeben hat. Das heißt, der Großteil der Haider-Wähler sind nicht Deutschtümler, sondern Protestwähler. Der Haider ist kein Hitler,

und wir alle miteinander sind weder Neonazis noch Rechtsextremisten, sodass das Ausland – die EU – sicherlich überzieht in der Reaktion. Da muss man dem bisherigen Außenminister, der das fünf Jahre getan hat, auch den Vorwurf machen, dass er verabsäumt hat, diese Aufklärung durchzuführen. Und nur sein Ehrgeiz als politische Maxime ist für unsere Interessen zu wenig. Und sein Glaube, dass ihn der Haider aufs Pferd gesetzt hat und er wird ihm jetzt davonreiten und bei den nächsten Wahlen die Nummer Eins sein – naja, also ich wünsche ihm viel Glück. Selbst wenn das einträte – was ich nicht glaube – werden wir einen hohen Preis dafür bezahlt haben.

Das heißt, im Prinzip verstehen Sie die Maßnahme der 14 und sehen wesentlich ein österreichisches Selbstverschulden?

Das Selbstverschulden ist ganz offensichtlich. Österreich, vor allem der Dr. Schüssel, war die ganze Zeit hindurch von ausländischen Staatsmännern – auch seiner Partei vor allem – ebenso wie durch den Bundespräsidenten gewarnt. Also er hat es gewusst und hat das auf die leichte Schulter genommen.

Ich möchte auf einen anderen Punkt kommen, nämlich Ihre Beziehung zu Jörg Haider. Sie haben vor zwei Wochen in einem News-Interview gesagt: „Niedertracht ist international ganz einfach nicht gefragt.“

Das bezog sich nicht auf Jörg Haider. Der hat nicht zuerst gesagt, er geht in Opposition, und dann ist er in die Regierung gegangen. Er selber ist gar nicht gegangen, er hat nicht monatelang mit einem Partner verhandelt und hat ihn sozusagen durch Finanzieren getäuscht, um dann etwas anderes zu machen und sich darauf zu berufen, aber dabei ohnehin nur das schon vereinbarte Programm umzusetzen. Also das bezog sich sicher auf Dr. Schüssel. Was den Dr. Haider anlangt, so war ich von allem Anfang an – nicht nur ich, Kreisky hat das damals im Jahr '86 als einen schweren historischen Fehler bezeichnet – dagegen, ihm sozusagen den Sessel vor die Tür zu stellen – immerhin war die FPÖ damals Regierungspartner der SPÖ – ihn auszugrenzen und in arroganter Hilflosigkeit zu ignorieren, statt zu stellen und zu attackieren. Denn immer dann –

Das heißt, die SPÖ hätte 1986 nach dem Wechsel in der FPÖ mit dieser weiter regieren sollen?

Das war die Meinung der Präsidiumsmitglieder, über die sich der Dr. Vranitzky hinweggesetzt hat. Denn es hat sich ja gezeigt, immer dann, wenn ein konkretes Thema zur Diskussion stand und Jörg Haider eine gegnerische Position hatte, hat er à la bonheur verloren. Das war bei der EU-Mitgliedschaft, das war jüngst noch vor wenigen Monaten bei unserem Beitritt zur gemeinsamen Währung, das war selbst bei seinem Ausländer-Volksbegehren so.

Ja, aber wäre denn das gegangen? Ich meine, da war vielleicht nicht vorhersehbar, was von Dr. Haider alles rhetorisch zu erwarten wäre. Hätte ihn das halten können? Wäre man da nicht in eine Peinlichkeit nach der anderen gestolpert?

Dann hätte man aber einen Grund gehabt. So hat man ihn in die Ecke gestellt und übersehen, dass man sich dabei selber isoliert. Und hier ist in Erinnerung zu rufen, dass aus den traumatischen Erinnerungen der Ersten Republik der Zwischenkriegszeit, wo die Führung der SPÖ seit '45 überzeugt war, dass ein Grund für das Dilemma der Ersten Republik und ihr doppelt trauriges Ende – zuerst austrofaschistisch und dann nationalsozialistisch – der Bürgerblock seit 1920 eine wesentliche Ursache war und ja '33 in den Austrofaschismus geführt hat. Angesichts dessen also alles zu tun, eine Wiederholung diesbezüglich zu verhindern. Und das war bis '86 so. Und ich bin überzeugt, dass durch diese Ausgrenzung, dieses Ignorieren die SPÖ sich selbst isoliert hat und auf diese Weise das, was wir jetzt haben – obwohl alles andere und vieles nicht vergleichbar ist, aber doch wieder einen Bürgerblock, eine Bürgerblock-Regierung ins Haus bekommen haben.

Letzte Frage zur unmittelbar aktuellen Situation: Sehen Sie drohende Auswirkungen – ökonomische Auswirkungen, Auswirkungen anderer Art – der Isolation?

Ohne jetzt in Panik oder Hysterie verfallen zu wollen und mit dem Verständnis, dass wir dagegehalten müssen – das heißt, alle die wir Möglichkeiten wo immer haben oder finden, das wahre Österreich darzustellen. Auch dann, wenn für viele die gegenwärtige Regierung nicht die akzeptierteste und schon gar nicht die beliebteste ist, wäre es gefährlich zu meinen, dass es keine Auswirkungen hat. Im Fremdenverkehr ist das schon zum Teil eingetreten. Es ist nicht abzuschätzen, was allenfalls noch passieren kann – hoffentlich so wenig wie möglich. Aber das Problem ist auch ein inneres. Die letzten 55 Jahre war eines unserer wertvollsten Güter die politische Stabilität, der soziale Frieden, die Berechenbarkeit. Und hier ist doch einiges durch den Wechsel von Konkordanz, also Übereinstimmungsdemokratie, in

Richtung Konfliktverhältnisse aufgebrochen. Und ob wir schon hinreichend gelernt haben, konfliktfähig im positiven Sinn zu sein – das wird entscheidend sein über die Auswirkungen und deren Ausmaß.

Bleiben wir bei der Frage der Berechenbarkeit. Aus Ihrer eigenen historischen Erfahrung von 1970 – wenn ein neuer Minister einer neuen Couleur in ein Ministerium kommt: Wie viele Widerstand ist allenfalls vom Beamtenapparat zu erwarten? Oder rechnen Sie da eher mit einem raschen Umstieg?

Gar nicht mit einem Umstieg. Die österreichische Verwaltung – und das ist eine der positiven Traditionen an der Monarchie – ist in einem ganz hohen Maße staatsloyal. Das heißt, sie versteht sich – und das sehr sachkundig – als der Träger des Zusammenhaltes. Und wenn man es versteht, diese Grundposition der Beamenschaft zu nutzen, dann hat man einen loyalen, sachkundigen, fairen Partner. Ich selbst als junger Finanzminister habe sehr gut und sehr erfolgreich mit der Beamenschaft arbeiten können, womit auch belegt ist, dass die österreichische Verwaltung – was immer verbesserungsnotwendig ist – doch ein sehr hohes Niveau hat.

Das heißt, Sie meinen – ich würde es übrigens auch so einschätzen – dass es dieses josephinische Staatsdienerethos in einer gewissen Weise noch gibt, das dem Staat dient, egal wer regiert? Was im Extremfall dazu führen konnte in der ersten Jahrhunderthälfte, dass man binnen drei Jahrzehnten zuerst dem Kaiser, dann der Demokratie, dann dem Austrofaschismus, dann dem Nationalsozialismus und dann wieder der Demokratie gedient hat und immer loyal gedient hat.

Das ist richtig. Mit der Aufzählung dieser Stationen haben Sie ja zugleich auch das ganze Dilemma Österreichs bis zum Staatsvertrag geschildert, was der Professor Sturz dann als das Annus mirabilis, als das wunderbare Jahr, gekennzeichnet hat und was der Qualtinger so meisterlich im Herrn Karl zur Darstellung gebracht hat. Mit allem, was man daran kritisieren kann – die Wandlungsfähigkeit gegenüber unterschiedlichsten politischen Regimen, wofür auch der Staatskanzler und Bundespräsident Renner ein persönliches Beispiel ist, aber andererseits auch die Elemente, auf die man sich zum Beispiel als neuer Ressortchef – wenn man vertrauensvoll der Beamenschaft entgegentritt – verlassen kann.

Kommen wir zur Situation der SPÖ. Ganz grob gesprochen gibt es zwei Alternativen: die Verteidigung des Bewährten, Vertrauten, aber Überrollten – nennen wir es einmal so – oder eine neue, noch zu findende Position im neoliberalen Mainstream.

Es ist sicherlich so, dass 30 Jahre führender Regierungstätigkeit natürlich Substanz kosten – inhaltliche und personelle Substanz. So gesehen muss man die jetzige Situation aus der Sicht der SPÖ überhaupt nicht als Unglück betrachten – vorausgesetzt, dass man die Hausaufgaben macht. Und die standen schon längst an, nämlich: wenn neue Zeiten an die Tür klopfen, die Tür zu öffnen und den neuen Aufgaben, Fragen, sich zu stellen. Was heißt das? Globalisierung, Weiterführung der europäischen Integration, EU, Osterweiterung, Wissensgesellschaft – mit allem, was das für die Arbeitswelt heißt, demografischer Faktor – wir werden älter, wir haben eine längere Ausbildung, die Lebensarbeitszeit wird kürzer, wir leben nicht mehr in einer Zeit wie nach '45 von unterschiedlich hoher, aber immerhin Inflation, sondern eher schon in Deflation. Also ein ganzes Bündel von Fragestellungen, wo der Schröder eine Antwort versucht oder Jospin – mit unterschiedlichen Worten, aber doch im Bestreben, Antworten zu finden. Und vor der Aufgabe steht auch die so lange so erfolgreiche SPÖ.

Sie haben gesagt, neue Zeiten klopfen an die Tür. Für Sie – entnehme ich Ihren Publikationen – ist der Neoliberalismus kein Feindbild. Sind daher in Ihren Augen Bücher wie die „Globalisierungsfalle“ von Hans-Peter Martin und Harald Schumann eher unnützlich oder möglicherweise abzulehnen, weil Angst machend?

So unnützlich für die Autoren sind diese Bücher „Ende der Arbeit“, „Terror der Ökonomie“ oder –

Nein, unnützlich für die Autoren sind sie nicht, das wissen wir.

... jedenfalls nicht. Womit nur bewiesen ist, dass man mit Angst ein ganz gutes Geschäft machen kann. Die Gefahr mit Angst ist aber, dass sie lähmt. Und was wir brauchen, ist das Gegenteil. Also insofern halte ich alle diese Bücher für nicht sehr hilfreich. Und zur Frage Liberalismus und Neoliberalismus habe ich zwei Positionen: Erstens einmal bin ich überzeugt, dass die Sozialdemokratie die Fortsetzung des politischen Liberalismus im sozialen Bereich ist. Zweitens, dass wir in Kontinentaleuropa im Allgemeinen, aber in Österreich im Besonderen, kein Übermaß an Liberalismus gehabt haben oder hätten, sondern genau das Gegenteil. Also dass wir hier einen beträchtlichen Nachholbedarf haben mit dem Verständnis, wie bringen

wir die Eckdaten wirtschaftlicher Effizienz und Leistungsfähigkeit mit sozialer Kompetenz und Verantwortung – das heißt Solidarität – unter demokratisch freiheitlichen Bedingungen unter einen Hut.

Ich habe vor einigen Monaten ein Fernsehgespräch mit Helmut Schmidt gehabt, der gemeint hat, es wäre verrückt, dieses europäische Modell des Wohlfahrtsstaates aufzugeben, allerdings müsse es reduziert werden. Wenn ich Sie recht verstehe, entspricht das etwa auch Ihrer Position?

Vollkommen.

Das wäre also, wenn ich's recht verstehe, das Sozialdemokratische an Ihrer Position?

Richtig. Aber jetzt kommt hinzu – also vielleicht ist uns auf diese Weise das gelungen, was Engels den Sprung vom Reich der Notwendigkeit in das Reich der Freiheit genannt hat. Was aber nicht heißen hat können, Zwangsbeglückung von der Wiege bis zur Bahre über die Grenzen der Finanzierbarkeit hinaus. Also je mehr man hier erreicht hat, umso mehr – meine ich – sind freiheitliche Möglichkeiten, aber auch Notwendigkeiten der Eigenverantwortung, Eigeninitiative, Eigenvorsorge notwendig geworden, was in einem Gespräch Ihr Gesprächspartner Helmut Schmidt und Willy Brandt schon in den 70er-Jahren so formuliert haben und was ein Teil meines politischen Credos darstellt.

Jetzt, Dr. Androsch, bleiben wir bei Marx. Seit der Neoliberalismus allein herrschend, allein selig machend dominiert und seit die kommunistischen Staaten erledigt sind, ist es ja auch wieder sinnvoll, sich die marxistische Theorie anzuschauen. In der marxistischen Theorie handelt es sich um eine Reduzierung des Menschen auf seine Arbeitskraft, das heißt, um eine Verdinglichung des Menschen. Und das ist natürlich etwas – um noch einmal auf die Frage zurückzukommen, schafft die Globalisierungsfalle unnütze Angst oder nicht – was Menschen Angst machen kann. Und da meine ich, zu Recht Angst machen kann.

Ja, aber dann darf man an die Analyse der Wirklichkeit, der Realität, nicht falsch herangehen und so tun, als ob etwas, was Marx und Engels für das frühindustrielle Zeitalter Mitte des vorigen Jahrhunderts analysiert haben und zu welchen Schlussfolgerungen immer gekommen sein mögen, das kommunistische Manifest ist

vielleicht eines der glanzvollsten sozialen und emanzipatorischen Dokumente – jetzt auf die geänderten Verhältnisse unserer Zeit anzuwenden.

Ja, wo ist der Unterschied? Damals ging es um physische Arbeitskraft, die ausgebeutet wird, und die Reduktion des Menschen. Um die physische geht's heute nicht mehr, das ist richtig.

Dass Verstand anstelle von Muskeln zunehmend getreten ist und tritt, dass Wissen wichtiger geworden ist als Rohstoffe – oder wenn ich's in einem anderen Bild umschreibe: rauchende Hirne wichtiger geworden sind als rauchende Schloten, die es fast nicht mehr gibt. Und das hat eine Fülle von Konsequenzen. Und diesen Konsequenzen müssen wir politisch, gesellschaftspolitisch Rechnung tragen, aber weil es so viele neue Möglichkeiten daraus und damit in der Wissensgesellschaft, in der Frage der Bildung, in der Notwendigkeit des lebenslangen Lernens gibt, hat jeder Einzelne nicht nur die Möglichkeiten und die Freiheitsparameter, sondern auch die Verantwortung, sie zu nutzen im Sinne von Goethes Wort „Nur der verdient die Freiheit, der täglich sie erobern muss“.

Das ändert nichts daran, dass das Problem der Reduzierung des Menschen auf seine Arbeitskraft – auch wenn die Anforderung, die an ihn gestellt wird, jetzt eine ganz andere ist als im 19. Jahrhundert. Ich möchte aber auf noch einen Aspekt kommen, den Wohlfahrtsstaat betreffend, nämlich: Wie soll er denn in Zukunft finanziert werden? Nun haben wir in Österreich eine Staatsquote von über 50 Prozent. Neoliberale Ökonomen wie Milton Friedman oder Jeffrey Sachs schwärmen von Staatsquoten zwischen 10 und 15 Prozent. Wo würden denn Sie ansetzen, Herr Dr. Androsch?

Da gibt's sicherlich kein absolut richtiges Maß, weil das von der Wertstruktur einer Gemeinschaft, einer Gesellschaft abhängt. Aber zu wenig und zu viel ist des Narren sein Ziel. Auf die Steuern bezogen: overtaxed ist schlecht, undertaxed ist auch schlecht. Ich würde sagen, dass die Vereinigten Staaten um reichlich einige Prozentpunkte unter – zu wenig also – besteuert sind. Und es ist sicherlich so, dass Kontinentaleuropa – wieder mit einigen Unterschieden – übersteuert, overtaxed ist. Das gilt auch für Österreich. Allein seit 1990 haben wir – und das schließt die Sozialabgaben ein – die Steuerbelastungsquote von 40 auf 45 Prozent angehoben, haben trotzdem die Budgetprobleme, vernachlässigen dabei die Zukunftsausgaben und haben hohe Defizite, weil wir den Wohlfahrtsstaat zunehmend über Deficit

Spending nur mehr finanzieren. Und das kann es nicht sein, das darf es nicht sein, weil der Wohlfahrtsstaat eine zu große Errungenschaft, eine zu wertvolle Errungenschaft ist, dass man ihn durch Überforderung und mangelnde Finanzierung gefährdet. Das heißt, wir haben einen Korrekturbedarf in einer Größenordnung von zwei bis fünf Prozent unserer jährlichen Wirtschaftsleistung. Und mir kann niemand erzählen, dass das nicht sozial verträglich über einige Jahre verteilt zukunftsorientiert möglich ist. Zukunftsorientiert heißt mehr für Forschung und Entwicklung, heißt mehr für bessere, aber auch effizientere Bildung – Stichwort unsere Universitäten – heißt bessere auch materielle Infrastruktur. Wir haben ein gutes Gesundheitswesen, das nicht teurer ist als anderswo, mit acht Prozent unserer jährlichen Wirtschaftsleistung. Also wir haben an sich gute Voraussetzungen, das zu lösen, um uns auch als Standort – Wirtschaftsstandort, aber auch ökologischer Standort, auch politischer, sozialer Standort – auf die neuen Zeiten einzustellen.

Wie stark sind Sie eigentlich emotional Sozialdemokrat oder Sozialdemokrat gewesen? Das heißt, dieses Klima im Floridsdorf der späten 40er-Jahre, 50er-Jahre, als Sie ein Kind und ein Jugendlicher waren – wie stark war da noch ein Abglanz des roten Wien der Zwischenkriegszeit, also Arbeiterkultur, all das – hat Sie da etwas noch geprägt?

Das ist von frühester Kindheit auf meine Befindlichkeit – von den Großeltern, die aus Mähren gekommen sind, der Großvater als Hausmeister beginnend, und meine Großmutter in Wien begonnen haben, ihre kleinen Ersparnisse bei der Kriegsanleihe des Ersten Weltkrieges verloren haben, aus den Erzählungen die Probleme der Weltwirtschaftskrise, der Arbeitslosigkeit kennen gelernt habe. Unsere elterliche Wohnung war am 12. Februar vom Austrofaschismus zerschossen. Mein Großvater – der andere – eingesperrt, sein Freund justifiziert. Meine Familie hat nie Nazi-Anlehnung gehabt. Mein Vater musste nicht einrücken, weil er schwer rückgratverkrümmt war und hat immer Radio Beromünster – was verboten war – gehört und den Frontverlauf an einer Karte im Wohnzimmer nachgezeichnet. Er war befreundet mit einem jüdischen Arzt, der sozusagen wie ein zweiter Vater geworden ist. Dann den ganzen Wechsel '45 und russische Besatzung im eigenen Haus. So habe ich das also alles miterlebt. Und vom 46er-Jahr von der Einweihung des Karl-Seitz-Hofs in Floridsdorf war ich immer politisch im Rahmen der SPÖ tätig. Und mit dem Verständnis liberaler Orientierung, wie wir schon gesprochen haben, und mit Ausrichtung auf Modernität bei Liberalität und Toleranz – zum Unterschied von

engstirnigem Traditionalismus – ist das unverändert mein persönlicher Wertecanon aus all diesen Milieus und selbst Erarbeitetem gewesen und geblieben und heute noch.

Dieser Konflikt mit Kreisky in der zweiten Hälfte der 70er-Jahre, bei dem es ja zunächst um Sachfragen gegangen ist, Hartwährungspolitik, Finanzierung der Sozialpolitik, Verstaatlichte usw. – ein Konflikt, der aber sehr bald ins Persönliche gekippt ist: Wie weit war das auch ein ideologischer Konflikt in der SPÖ? Also auf der einen Seite die so genannten Rechten um Androsch und den Gewerkschaftsflügel, und auf der anderen Seite die so genannten Linken um Blecha und die Jungen – Czap, Ederer usw.?

Ich glaube, dass man das überschätzt, auch wenn es das vor dem Ersten Weltkrieg groß in der deutschen Sozialdemokratie gegeben hat, sicher sehr stark in der Sozialdemokratie Österreichs in der Zwischenkriegszeit oder auch danach in den Jugendorganisationen. Aber dennoch meine ich, dass das maßlos überschätzt wird. Und ganz sicherlich ist es schwer zu behaupten, dass von seinem ganzen Habitus der Kreisky ein Linker gewesen ist. Er hat ja – längst schon nicht mehr Bundeskanzler und Parteivorsitzender – dem Fred Sinowatz gesagt, er müsse verstehen, dass er das alles braucht, weil er ist großbürgerlich aufgewachsen und kann und will auf dieses Ambiente gar nicht verzichten. Also das kann man ausscheiden. Der Unterschied war altersbedingt ein anderer Zeithorizont, eine meinerseits längerfristig grundsätzlich ausgerichtete Orientierung, die Überzeugung, dass man nur dann auf Dauer mehrheitliche Verantwortung legitimiert wird tragen können, wenn man Wirtschaftskompetenz hat. Gute wirtschaftliche Entwicklung ist sozusagen als Voraussetzung die beste Sozialpolitik. Das waren die einen Sachen. Er hat kurzfristiger gedacht, er ist sehr viel kränker gewesen und geworden, als wir lange Zeit – auch in seiner nächsten Nähe – wahrgenommen haben. Es ist der Generationenkonflikt dazugekommen, er fühlte sich krank und älter werdend, ich bin selbstständiger, vielleicht auch frecher geworden, vielleicht unsensibel ihm gegenüber. Also sowas hat ja eine Menge Aspekte und ist nicht nur einer Person anzulasten. Jedenfalls das, was jahrelang so erfolgreich funktioniert hat, weil wenn ich mich mit ihm abgestimmt hatte und dann zum Benya gegangen bin und den Sanktus bekommen habe, dann war die Sache entschieden und gelaufen. Und das ist zunehmend auch durch die äußeren Schwierigkeiten – Energiekrise, Wachstumsknick, Währungsprobleme – verloren gegangen und hat dann

umgeschlagen – vor allem von seiner Seite her – in einen geradezu alttestamentarischen Hass, was ich nur bedauern kann. Auch für ihn. Er ist ja unglücklich und vereinsamt die letzten Jahre da gewesen und auch so gestorben.

Bleiben wir bei dieser persönlichen Seite des Konflikts. Wie weit ist das auch von Ihnen verschuldet gewesen? Also Liselotte Palme in ihrem Buch über Androsch zeichnet da ein Bild vom Liebling der Götter – nennen wir's einmal so. Sie kommt auf den Ring des Polykrates in dem Zusammenhang, dem zunächst alles gelingt. Der jüngste Abgeordnete, der bis dahin jüngste Finanzminister und ein erfolgreicher dazu. Und Liselotte Palme verwendet dann den Ausdruck „Hybris“.

Das ist eine Beurteilung, der ich nicht folgen kann. Wo ich ihrer Beurteilung mehr als kritisch gegenüberstehe, weil ich mich um das alles in dieser Form ja gar nicht beworben oder es angestrebt habe. Und das meinte ich vorhin, dass ich da den Dingen immer nachlaufen musste. Ich musste vorzeitig den Beruf ergreifen, weil mein Vater relativ früh verstarb und ich nicht einmal noch die erforderlichen Lebensjahre hatte. Das hat sich überlagert mit der Familiengründung. Und plötzlich die Berufung in den Nationalrat und die Berufung in Funktion des Finanzminister.

Das war ja ein Weg von Erfolg zu Erfolg.

Ja, mit heraushängender Zunge sozusagen, immer hintennach.

Ja, aber Sie haben es auch erkennbar genossen – was auch einsehbar war. *Ich wollte schon nach den Wahlen '75 aus der Regierung gehen. Und da hat sich der Kreisky noch bitter beim Benya beschwert und hat gesagt, er will mir das Simperl vor die Tür stellen und hat mich sozusagen, um mich zu halten, zum Vizekanzler gemacht – an der Frau Dr. Firnberg vorbei, was ich rückschauend für einen Fehler halte. Ich hätte das versuchen sollen zumindest abzulehnen. Ich bin eng befreundet, erst nachträglich, mit der Hertha Firnberg bis zu ihrem Tod geworden und geblieben. Also die Entwicklung diesbezüglich war ganz anders, als sie hartnäckig behauptet wird. Tatsache ist, dass ich gerne in die Notenbank gegangen wäre, wohl wissend, dass man nicht hinaus und übermorgen wieder hinein geht. Und das hat den Kreisky besonders irritiert, weil dann hätte ich auch noch mehr verdient. Und das hat er schon überhaupt nicht verkraften können.*

Bleiben wir gleich dabei und wieder bei der Frage des Selbstverschuldeten. Im „Munzinger“, also dem biografischen Lexikon, lese ich: „Ansatzpunkt breiter auch innerparteilicher Kritik war nicht zuletzt Androschs aufwändiger, gänzlich unsozialistischer Lebensstil und ein häufig als blasiert-arrogant eingeschätztes Verhalten bei öffentlichen Auftritten und Interviews.“ Womit wir wieder beim Ausgangspunkt wären, nämlich dem von Liselotte Palme verwendeten Begriff der Hybris.

Wenn mein Erscheinungsbild in der Öffentlichkeit dominanterweise so gewesen wäre – wie erklärt sich dann die zunehmende Popularität, die ich offenbar gehabt habe? Was auch ein Grund der Eifersucht seitens Kreiskys gewesen ist. Nun, über Arroganz kann man verschiedener Meinung sein. Das ist vielleicht auch gelegentlich ein Schutz- oder Hitzeschild für sensible und empfindliche Menschen. Und das braucht man in der harten Auseinandersetzung der Öffentlichkeit. Und wenn ich meinen Lebensstil mit dem Lebensstil vom Kreisky selber vergleiche – was ich ihm durchaus zubillige – dann will ich nicht sagen, dass er asketisch war, aber ungleich bescheidener.

Nur, der Unterschied besteht darin, dem Kreisky hat man das nachgesehen. Das war der Großbürgersohn, der ist für die Partei im Gefängnis gesessen, der ist im Exil gewesen. Dem hat man es nachgesehen. Ihnen hat man es nicht nachgesehen, Ihnen wurde der Vorwurf gemacht, Sie zeigten den Wohlstand allzu demonstrativ. Da hat es diese unzähligen Geschichten gegeben über die Kniže-Anzüge und was weiß ich alles. Da war sicher vieles falsch, aber es war auch sicher vieles richtig. Jedenfalls Sie sind damit in ein erkennbares Problem gekommen. Dann kam dieser Spott über den „Leider-nein-Millionär“. Ein Problem, das der Kreisky in dem Zusammenhang nicht hatte, weil man es ihm einfach aufgrund seiner Biografie nachgesehen hat.

Das ist richtig. Aber Sie können ja in unzähligen Artikeln und so kleinen Nebensätzen nachlesen, dass er durchaus diese Betrachtung gefördert hat. Also wenn der Herr Mahr von der Kronenzeitung nach Lech gekommen ist, ist er im Luxushotel und ich in einer Pension gesessen. Und er ist zuerst natürlich und dann wieder beim Regierungschef gewesen und dann bei mir. Und zwei Tage später habe ich schon wieder sozusagen eine Stichelei vom Gasthof Post in die Angela sozusagen herauflesen können. Also von ungefähr ist das ja nicht gekommen. Es ist schon ein Teil des Spiels in der Auseinandersetzung zwischen ihm und mir.

Auf die Rolle der Medien in dem Zusammenhang kommen wir natürlich. Ich möchte jetzt eine eigene Beobachtung hinzufügen. Das war Ende der 70er-Jahre ein Club 2 und es hat mir jemand zugeflüstert: Schau dir seine Uhr an. Das war meines Erinnerns eine Jäger Lecoultre mit einem schwimmenden Diamanten zwischen dem Zifferblatt und dem Uhrglas. Eine sehr schöne Uhr und möglicherweise auch eine grundvernünftige Anschaffung. Nur für den stellvertretenden Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei ist es ein Problem.

Wenn man ein Problem machen will, natürlich. Wenn man einen Hund schlagen will, findet man immer auch einen Stock. Also für aufwändigen Lebenswandel hatte ich gar keine Zeit, weil ich meine Tätigkeit mehr als ernst genommen habe. Und ich glaube, ich habe von allen Regierungsmitgliedern in diesen Jahren die meisten Wahlveranstaltungen in die kleinsten Orte hinein und Betriebsbesuche gemacht. Neben dem Umstand, dass ich nicht das kleinste Ressort elf Jahre geleitet habe. Ich hatte in Deutschland einen väterlichen Freund – so wie es in Österreich Waldbrunner, Slavik, Ockermüller gewesen waren – nämlich Alex Möller. Der war '69 bis '71 in der Regierung Brandt Finanzminister. Und durch ihn lernten meine Frau und ich ein Ehepaar kennen, und das sind aus Pforzheim stammende, in Genf tätige Uhrenfabrikanten. Und so trug ich – wie ich auch heute hier eine trage – eine Chopard-Uhr. Und die war damals ein Geschenk dieser Familie.

Es gibt ein angebliches Gespräch zwischen Ihnen und Ihrem Freund Gerd Bacher, das in Wien kolportiert worden ist. Bacher habe gesagt: Du musst dich entscheiden zwischen Geld und Macht. Sie hätten gesagt: Ich will beides. Auch wenn das Gespräch erfunden sein sollte – ist es gut erfunden? Das heißt, hat es einen tieferen Wahrheitsgehalt?

Das ist total falsch, aber das konnte ich auch der Frau Palme offensichtlich nicht klarmachen. Wäre es mir um Geld gegangen, wäre ich nicht in den Klub gegangen als Sekretär. Damals war Hitzinger Generaldirektor von Daimler-Benz in Stuttgart – da wäre ich nach Stuttgart gegangen, was ich ursprünglich die Absicht hatte. Zweitens – als junger Wirtschaftsprüfer, aufsteigender, hatte ich schon vor der Berufung die Regierung – gestützt auch auf die Kanzlei meines Vaters – bessere Verdienstmöglichkeiten, als das ein Minister haben kann aus guten Gründen. Also hatte ich mich für was anderes entschieden, also nicht fürs Geld, sondern das, was in dem Zusammenhang Macht genannt wird.

Wobei zur Macht ich folgende Position habe: Macht ist so für die Gestaltung wie die Schaufel für einen Gärtner zum Umgraben, also eine Hilfe, nicht ein Selbstzweck. Und sie hat zeitlich begrenzt, sie hat legitimiert zu sein und sie hat kontrolliert zu sein. Und die meisten Spitzenpolitiker heute haben nicht nur keine Macht, sondern sogar Angst, so sie eine haben, sie einzusetzen.

Das heißt, Sie hatten schon ein unmittelbares Verhältnis auch dazu?

Aus Freude am Gestalten. Das Faszinierende an der Zukunft ist, sie gestalten zu können. Und das Finanzministerium mit seiner ganzen Breite, in dem sich nahezu alles widerspiegelt, ist natürlich eine Riesenschaufel – oder der Gerd Bacher würde sagen: eine Riesenorgel. Diese spielen zu dürfen und offenbar einigermaßen zu können, das war für einen jungen Menschen mit der entsprechenden Ausbildung, mit dem entsprechenden Engagement, natürlich eine faszinierende Tätigkeit.

Dr. Androsch, ich werde jetzt auf Ihre Probleme der 80er-Jahre kommen. Ich habe vor kurzem gelesen, dass Sie Ihre Villa in Neustift, die ja letztlich den Sturz ausgelöst hat, jetzt abreißen lassen. Ich kenne das Haus von Fotos, so wie jeder Zeitungsleser. Habe es immer hässlich gefunden, außerdem schien es mir damals – nach dem, was ich gelesen hatte – überzahlt zu sein. Haben Sie sich schwer von dem Haus getrennt? Oder haben Sie es mit einem gewissen Genuss demolieren lassen?

Wir haben es überhaupt nicht gerne gekauft, weil es ein schlechter – wie sich herausstellte – aber jedenfalls nur Betonbau war. Es war gerade die Entscheidung zu treffen, in welche Schule die Kinder eintreten. Und da wollten wir nicht zwischendurch einen Wechsel, also eher widerwillig wurde es erworben und dort eingezogen. Und dass es schlecht gebaut ist, hat sich in der Zwischenzeit herausgestellt. Es hat immer wieder Nassstellen gegeben, war trotz großen Aufwands nicht zu beheben. Die Haustechnik war kaputt. Und von außen her hat es uns auch nicht viel Freude gebracht, das ist ja hinreichend bekannt. Da war die Überlegung, woanders etwas Besseres zu finden, oder dann sich zu entscheiden – was wir taten – es niederzureißen und was Neues, Gescheites hinzustellen. Also meine Frau und ich weinen der schon abgetragenen Hütte keine Träne nach.

Wir kommen jetzt zu dem Komplex Villenfinanzierung, Steuersache, Kanzlei Consultatio, Verdacht der Querverbindung zum AKH-Skandal. Peter-Michael Lings hat damals im Profil geschrieben: „Alle Anständigen in diesem Land müssen sich

jetzt um Bruno Kreisky scharen und ihn in seinem Kampf gegen Androsch unterstützen.“ Das war ein unglaublicher Absturz. In Ihren Augen: Warum?
Na, der resultiert aus dem Konflikt mit dem Kreisky und dem Interesse der Mock-ÖVP. Zu der Bemerkung des Herrn Lingens möchte ich mir angesichts seiner Persönlichkeitsstruktur und Entwicklung also jede Bemerkung ersparen. Was den AKH-Skandal anlangt, so wurde ich für drei Prozesse, die geführt wurden, nicht einmal im Vorverfahren auch nur als Zeuge einvernommen – von einer sehr agilen Justiz, die sich auf diese Weise eine politische Karriere geschaffen hat. Also damit ist das geklärt. Aber es war das Interesse, die AKH-Sache, sowohl von Kreisky als auch von Mock zu benutzen, um mich zu Fall zu bringen. Das ist ja auch so nicht gelungen, da bedurfte es in der Folge ganz anderer Maßnahmen. Und da habe ich mehrfach öffentlich gesagt – unwidersprochen geblieben – und das weiß man in Justizkreisen wie in Finanzkreisen, dass da ganz bewusst getürkt wurde, um ein bestimmtes Ergebnis herbeizuführen, was auch geschehen ist. Aber sicherlich in keiner Weise die AKH-Frage betreffend.

Also wir kommen natürlich zur Frage, wie weit Sie ein Medienopfer waren, allenfalls ein –

Die Medien waren höchstens Transporteure, das ist ihre Sache. Den Medien mache ich am wenigstens da einen Vorwurf.

Ich war damals stimmungsmäßig – ohne die Details des Steuerfalles zu kennen und ohne mich speziell dafür zu interessieren – gegen Sie. Und zwar aus einem sehr altmodischen Argument: weil ich mir gesagt habe, ein Finanzminister muss auch jeden Anschein unkorrekten Verhaltens vermeiden. Und zwar besonders im Steuerbereich.

Da gebe ich Ihnen vollkommen Recht. Konnte auch kein einziger Anlassfall genannt werden. Also habe ich alle Unvereinbarkeitsbestimmungen mehr als erfüllt. Darüber wurden im Auftrag von Kreisky auch internationale Vergleiche angestellt. Also das ist in höchstem Maße auf eine Person instrumentalisiert worden. Und wenn es damals bei den zehn Geboten vom September '80 des Kreiskys hieß, die strengsten Unvereinbarkeitsbestimmungen überhaupt und in der Partei noch strengere, hat sich nach mir kein Mensch mehr um diese zehn Gebote gekümmert.

Ja, aber – Herr Dr. Androsch, Sie sind ja wesentlich später – zu einem Zeitpunkt, als Kreisky längst zurückgetreten war, im Jahr 1988 – wegen falscher Zeugenaussage vor dem parlamentarischen AKH-Untersuchungsausschuss zu einer Million Geldstrafe verurteilt worden. Und dann 1991 wegen Steuerhinterziehung zu 1,8 Millionen Geldstrafe. Das hatte zumindest mit Kreisky als Person nichts mehr zu tun. *Oh ja. Er war Betreiber. Er hat das in unzähligen Interviews auch immer – schon lange, bevor das dann bei der Justiz oder Finanz eingetreten ist – angekündigt. Also war in engstem Einvernehmen mit den Akteuren. Hat es gerichtlich zugegeben, es gab laufend Weisungen, sowohl im Bereich des Justizressorts wie des Finanzressorts. Und obwohl die Verhinderung der Akteneinsicht nicht mehr möglich ist, haben wir bis heute nicht die volle Akteneinsicht, weil wesentliche Teile ganz gezielt aus dem Aktenmaterial entfernt wurden. Sodass ich einmal mehr ganz bewusst sage, wie schon oft – und unwidersprochen geblieben ist diese Aussage – dass das von A bis Z zielgerichtete, politisch instrumentalisierte, getürkte Verfahren waren.*

Das war ein Sturz auf Raten. 1981 der Rücktritt als Vizekanzler und Finanzminister, 1988 als Generaldirektor der CA. Parallel zu diesen Rücktritten das Zerbrechen zweier Lebensfreundschaften mit zwei Kanzlern. Zunächst mit Kreisky, dann mit Vranitzky. In Ihrem Selbstverständnis – entnehme ich dem, was Sie eben gesagt haben – betrachten Sie sich in diesem Zusammenhang als Opfer oder – wenn man so will – als Verratenen.

Dass das mit dem Kreisky auseinandergegangen ist –

Hat schon früher begonnen.

... hat andere Gründe und das tut mir auch leid, weil durch ihn und mit ihm die SPÖ und das Land eine große erfolgreiche Zeit gehabt hat. Die 70er-Jahre werden – in der breiten Öffentlichkeit vielleicht sogar überzeichnet – heute noch so gesehen. In der Tat ist also der große Wohlstandssprung – nicht, dass er erst begonnen hätte, weil die Voraussetzungen waren seit '45 gelegt – in der Tat eingetreten. Anders ist die Situation zum Vranitzky, dem ich gesagt habe, er möge doch nur sorgen, dass die in der Bundesabgabenordnung festgelegten Verfahrensvorschriften eingehalten werden. Um alles andere mache ich mir keine, und er braucht sich keine Sorgen machen. Genau das ist nicht gemacht worden.

Wobei Vranitzky sagt, dass er immer wieder nachgefragt hat beim Finanzminister:
Wird das auch alles korrekt gehandhabt?

Das weiß ich nicht, ob er nachgefragt hat. Mit seiner Zustimmung wurde am Heiligen Abend einmal mir ein Vermögenssteuerbescheid versucht um 17 Uhr durch den Leiter des Finanzamts zuzustellen. Er ist dann zugestellt worden – nicht am Heiligen Abend sinnigerweise, und er ist dann nach mühevollen Berufungen vom Verwaltungsgerichtshof aufgehoben worden.

Die Medien – Alfred Worm hat jetzt noch zehn Jahre später, Ende der 80er-Jahre irgendwann, rückblickend geschrieben: „Er ist ein Täter, nicht ein Opfer.“ Warum hat es eine doch so vehemente Stellungnahme der Medien – eines Teils der Medien, sagen wir korrekterweise – gegen Sie gegeben?

Also wichtig ist: ein Teil. Und wenn der Regierungschef jemand ankreuzelt, dann ist das für manche Journalisten ein lustige Jagd. Seien wir da nicht allzu blauäugig, das gibt es. Und das gab es in meinem Fall in einem sehr ausgeprägten Maße. Womit ich aber nie den Vorwurf oder die Behauptung erhoben hätte, das wären die Medien gewesen. Das waren einzelne Medienvertreter, die sich gern von politisch Interessierten – ich habe schon die Namen genannt – für solche Aufgaben einspannen ließen. Was immer dann ihnen selbst in der Folge widerfahren sein mag.

Um diesen Abschnitt Ihres Lebens abzuschließen – ich habe Sie vor etwa zehn Jahren, das war zu der Zeit Ihrer beiden Verurteilungen, einmal im Theater gesehen. Und habe mir damals gedacht, was sich die allermeisten damals Ihre Person betreffend gedacht haben: Der hat seine Zukunft hinter sich. Das hat sich als Irrtum herausgestellt. Haben Sie selber je aufgegeben?

Nach dem Motto: Aufgeben tut man nur einen Brief – habe ich nie aufgegeben. Weil wenn man ungerecht behandelt wurde und sich jedenfalls so fühlt, löst das wahrscheinlich Energien aus, die sonst gar nie zum Einsatz bekommen. Was zum Beispiel das Ausscheiden aus der CA betrifft, so gab es dann über diesen Zeitraum einen Rechnungshof-Bericht, wo meine Tätigkeit ausdrücklich gewürdigt und gelobt wurde und dem Aufsichtsrat der Vorwurf gemacht wurde, dass er mich voreilig zum Ausscheiden gebracht hat, weil ja noch nicht einmal irgendetwas rechtskräftig war. Und ich habe sofort andere Aufgaben übernommen in der Beratung der damals noch Ostblockländer, sehr rasch danach Reform- und Transformationsländer, ich war für die Weltbank tätig in Botswana und in China. Und habe also eine Fülle neuer

Aktivitäten begonnen, die dann '94 in industrielle Interessen übergegangen sind. Und das ist heute noch meine Hauptaufgabe und Tätigkeit.

Sie wurden 1999 in der Liste von News der österreichischen Top-Manager als Nummer 2 geführt, nach erfolgreichem Börsengang von AT&S. Georg Weiland hat über Androsch geschrieben, er habe als einer von wenigen den Sprung von der Politik zum Industriellen geschafft. War die Politik eine notwendige oder jedenfalls nützliche Voraussetzung für diesen Erfolg als Unternehmer? Oder war sie in Ihrer Biografie ein Umweg?

Es war ein wichtiger faszinierender Teil meines bewussten und aktiven Lebens. Aus der Wirtschaft, auch bei sozialdemokratischem Hintergrund und Milieu, kam ich durch die Tätigkeit meiner Eltern als Steuerberater, das habe ich selber übernommen. Also praktisches wirtschaftliches Geschehen, mit dem bin ich von Kindesbeinen an aufgewachsen. Das hat mir bei meiner politischen Tätigkeit sehr geholfen. Der große Gewinn der politischen Tätigkeit war, eine ganz andere Betrachtung zu bekommen, eine umfassendere, ganzheitliche – heute würde man sagen: vernetzte. Alles das zusammen hat sich natürlich dann auch wieder für andere wirtschaftliche Aktivitäten, seien es beratende oder seien es unternehmerische, als nützlich erwiesen. Wobei ich kein Manager bin. Ich bin ein strategischer Mitunternehmer. Und das ist in meinem Verständnis etwas anderes als operatives tägliches Geschäft, also Managen, so wichtig das natürlich ist. Mit dem Verständnis, dass das Unternehmen als Generator so zu behandeln ist, dass es dauerhaft, nachhaltig seine generierende Wirkung haben kann – in Verantwortung auch und in erster Linie für die Mitarbeiter, in Erfüllung der Aufgaben gegenüber Lieferanten, Financiers und Kunden in einem Umfeld. Also die sinnvolle Verbindung von Shareholder Value, Jobholder Value und Stakeholder Value. Shareholder – das sind die, die das Kapital geben, Jobholder die, die die Mitarbeiter bilden, und Stakeholder alles, was einen Einfluss auf das Umfeld schlechthin hat.

Das war Hannes Androsch, Unternehmer – von 1970 bis 1981 Finanzminister, parallel dazu von 1976 bis 1981 Vizekanzler, danach bis 1988 Generaldirektor der Creditanstalt. Das mehrfach zitierte, vor einigen Monaten erschienene Buch von Liselotte Palme trägt den Titel „Androsch. Ein Leben zwischen Geld und Macht“, Verlag Molden. Von Hannes Androsch selbst gibt es etliche Bücher, darunter „Investitionsleitfaden Osteuropa“, 1996 bei Ueberreuter, und „Auf der Suche nach der

Identität. Österreich – Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft. Eine Synthese der Widersprüche“, erschienen 1988 im Verlag Christian Brandstätter.